Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Frenzel. Druck u. Verlag: Auer Tageblatt u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern-Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerserzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 20.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.50 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 15.60 Mark, monatlich 5.20 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg., Reklamepetitzeile 1.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 97. Mittwoch, den 27. April 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Eine Antwort aus Amerika auf die deutsche Reparationsnote ist nach den Informationen der Berliner Blätter im Laufe des gestrigen Abends bei den Berliner amtlichen Stellen noch nicht eingetroffen.

In Washington ist man sehr hoffnungsvoll, daß die neuen deutschen Vorschläge die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten unter Teilnahme Amerikas gestatten werden.

Nach den Bestimmungen der Interalliierten Rheinlandkommission dürfen Lebensmittel, Kohlen und Rohstoffe aus dem besetzten Gebiet nicht nach dem unbesetzten Gebiet ausgeführt werden.

Meldungen aus Halle zufolge ist mit der Ausweisung der in Mitteldeutschland befindlichen verdächtigen Ausländer begonnen worden.

Bei der Tiroler Abstimmung erklärten sich von 146 468 abgegebenen Stimmen 144 342 für und 1794 gegen den Anschluß Tirols an Deutschland. Demnach stimmten 98,59 Prozent für den Anschluß.

Die deutschen Vorschläge.

Dem stellvertretenden amerikanischen Geschäftsträger in Berlin ist am 24. d. M. folgende Note übergeben worden: Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat durch ihr Memorandum vom 22. April in dankenswerter Weise die Möglichkeit eröffnet, nochmals auf dem Wege von Verhandlungen das Reparationsproblem zu lösen, bevor es durch Zwangsmaßnahmen unlösbar gemacht ist. Die deutsche Regierung würdigt diesen Schritt der amerikanischen Regierung nach seiner ganzen Bedeutung. Sie hat sich bemüht, in den nachstehenden Vorschlägen das Aeußerste anzubieten, was nach ihrer Ueberzeugung die deutsche Wirtschaft selbst bei günstigster Entwicklung aufzubringen vermag; sie lauten folgendermaßen:

I. Deutschland erklärt sich bereit, zum Zwecke der Reparation eine Gesamtverpflichtung von

50 Milliarden Goldmark Gegenwartswert

anzuerkennen. Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser Summe in Annuitäten, welche seiner Leistungsfähigkeit angepaßt sind, zum Gesamtbetrage von 200 Milliarden Goldmark zu zahlen. Deutschland will seine Zahlungsverpflichtungen in nachstehender Form mobilisieren.

II. Deutschland legt sofort eine

internationalen Anleihe

auf, deren Höhe, Zinsfuß und Amortisationsquote zu vereinbaren wären. Es wird sich an dieser Anleihe beteiligen und ihr weitgehende Vergünstigungen gewähren, sie auch mit solchen Unterlagen ausstatten, daß ein möglichst großes Aufkommen erwartet werden kann. Der Ertrag dieser Anleihe wird den Alliierten zur Verfügung gestellt.

III. Den Betrag der zu zahlenden Summe, welcher durch die internationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und amortisieren. Deutschland hält hierfür zurzeit nur eine Verzinsung von 4 Prozent jährlich für möglich.

IV. Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer Besserung seiner Finanz- und Wirtschaftslage teilnehmen zu lassen. Die

Amortisation der Restsumme

wäre zu diesem Zwecke variabel zu gestalten. Im Falle der Besserung, für die ein Indexschema festzustellen wäre, würde sie steigen, im Falle der Verschlechterung entsprechend sinken.

V. Um die Restsumme möglichst rasch abzutragen, will Deutschland sich mit aller Kraft am

Wiederaufbau

der zerstörten Gebiete beteiligen. Es hält den Wiederaufbau für die dringendste Aufgabe der Reparation, weil damit am unmittelbarsten das Kriegselend und der Völkerhaß gemildert wird. Deutschland erbietet sich, den Wiederaufbau bestimmter Städte, Dörfer und Flecken selbst zu übernehmen, oder auf jede andere, den Alliierten erwünschte Weise mit seiner Arbeit, seinen Materialien und seinen Hilfsmitteln am Wiederaufbau mitzuwirken. Die Kosten seiner Leistungen würde es selbst zu tragen haben. (Näheres ist hierüber in der deutschen Wiederaufbaunote an die Reparationskommission gesagt.)

VI. Zum gleichen Zwecke ist Deutschland bereit, über den Wiederaufbau hinaus nach einem möglichst rein kaufmännischen Verfahren Sachleistungen für die geschädigten Staaten zu übernehmen.

VII. Um den unverkennbaren Beweis seines guten Willens zu geben, ist Deutschland bereit, der Reparationskommission alsbald den Betrag von

1 Milliarde Goldmark

in folgender Form zur Verfügung zu stellen: a. 150 Millionen Goldmark in Form von Gold, Silber und Devisen, b. 850 Millionen Goldmark in Reichsschatzwechseln, die längstens [illegible] 3 Monaten in Devisen und ausländischen [illegible]papieren eingelöst werden

VIII. Falls es dem Wunsche der Vereinigten Staaten von Amerika und der Alliierten entsprechen sollte, würde Deutschland willens sein, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Verpflichtungen der Alliierten aus ihrem Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen.

IX. Deutschland schlägt vor, daß über die Art und Weise, wie die deutschen Leistungen zu Reparationszwecken auf die deutsche Gesamtschuld anzurechnen sind, insbesondere über die Festsetzung der Preise und Werte unter Hinzuziehung von Sachverständigen verhandelt wird.

X. Deutschland würde bereit sein, für alle Arten von Kredit den Geldgebern in einer näher zu vereinbarenden Weise aus

öffentlichem Eigentum und öffentlichen Einkünften

jede erforderliche Garantie zu geben.

XI. Mit der Annahme dieser Vorschläge erlöschen sämtliche anderen Verpflichtungen Deutschlands zu Reparationszwecken. Auch wird dadurch das deutsche Privatvermögen im Auslande frei.

XII. Deutschland hält seine Vorschläge nur für durchführbar, wenn das System der

Sanktionen alsbald aufhört,

die gegenwärtige Basis der deutschen Produktion nicht noch weiter verringert, die deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zugelassen und von unproduktiven Ausgaben entlastet wird.

Diese Vorschläge sollen den festen Willen Deutschlands bezeugen, die Kriegsschäden bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu ersetzen. Sowohl die angebotenen Summen, wie die Zahlungsmodalitäten richten sich nach dieser Leistungsfähigkeit. Soweit über deren Beurteilung Meinungsverschiedenheiten bestehen sollten, empfiehlt die deutsche Regierung, sie durch eine allen beteiligten Regierungen genehme Kommission anerkannter Sachverständiger prüfen zu lassen. Sie erklärt im voraus, deren gutachtliche Entscheidung als bindend anzunehmen. Sollte eine andere Form der Vorschläge nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten die weitere Behandlung der Angelegenheit erleichtern, so würde die deutsche Regierung bitten, daß sie auf die Punkte aufmerksam gemacht wird, in welchen etwa der amerikanischen Regierung eine Aenderung wünschenswert erscheint. Auch würde die deutsche Regierung andere Vorschläge der amerikanischen Regierung bereitwillig entgegennehmen. Die deutsche Regierung ist zu tief davon überzeugt, daß der Frieden und die Wohlfahrt der Welt von einer schleunigen gerechten und billigen Lösung der Reparationsfrage abhängt, um nicht alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit die Vereinigten Staaten in die Lage versetzt werden, die Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen auf die Angelegenheit zu lenken.

Die deutschen Vorschläge vor dem Reichstage.

In der gestrigen Reichstagssitzung folgte nach Erledigung einer Reihe kleiner Anfragen die Besprechung der deutschnationalen und unabhängig-sozialistischen Interpellation über die auswärtige Politik.

Minister Simons

verlas zunächst den Wortlaut der Note an die amerikanische Regierung und ging sodann auf die Reparationsfrage ein. Die Kluft, die in London bestand, war zu groß, um noch während der dortigen Konferenz überbrückt werden zu können. Neue Verhandlungen wurden uns durch die Entente sehr erschwert. Aber es mußte ein Weg geschaffen werden, um zu neuen Verhandlungen zu kommen. Unser erster Plan, auf dem Wege der Typenhäuser den

Wiederaufbau Frankreichs

zu betreiben, wobei nicht allzuviel deutsche Arbeiter nach Frankreich verpflanzt werden sollten, hat sich nicht als glatt durchführbar erwiesen. Infolgedessen haben wir andere Vorschläge unterbreitet, die sich an die Erfahrungen anlehnen, die wir beim Wiederaufbau Ostpreußens gemacht haben. Frankreich möchte das Hauptgewicht auf die Geldzahlungen legen, wodurch natürlich der Wiederaufbau uns sehr verteuert wird. Die Pläne der freien Gewerkschaften, die die Regierung in ihren Vorschlag aufgenommen hat, können erst nach einer gemeinsamen Verständigung mit den fremden Regierungen durchgeführt werden. Der zweite große Gedanke, der uns leitet, war der Plan einer im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten

internationale Anleihe,

die auch zugleich unserem eigenen Geldbedürfnis abhelfen soll. Daß ich zu diesem Zwecke mit den Ententeregierungen neue Verhandlungen einleiten mußte, leuchtet ein. Eine Vermittlung neutraler Regierungen habe ich nicht nachgesucht. Das Beste wäre es gewesen, mit Frankreich direkt zu verhandeln; aber was uns aus Frankreich entgegentönte, war nicht ermutigend. Deshalb habe ich mich während meines Schweizer Aufenthaltes auf das bekannte Interview eingelassen, um den Eindruck in Frankreich zu zerstören, als seien wir lediglich ein unwilliger Zahler. Neu in dem Interview war nur der Satz über die Zugehörigkeit zum Kabinett. Dieser bezog sich aber nicht auf das augenblickliche Kabinett, sondern auf ein beliebiges Kabinett der Zukunft. Somit schien der Weg über Amerika der beste. Eine neutrale Macht bot sich uns an, um den Weg nach Amerika zu ebnen. Das habe ich ohne Bedenken angenommen. Was die Indiskretionen in der deutschen Presse anbelangen, die an Landesverrat grenzen, so habe ich bislang, um nicht eine fremde Macht zu kompromittieren, von einer Verfolgung der Sache Abstand genommen, werde jetzt aber entsprechende Schritte einleiten.

Der Schritt bei Amerika

war gewiß ungewöhnlich, aber ein Staat, der sich selbst auf den Boden des Schiedsgerichts stellt, eignet sich am besten zum Schiedsrichter. Wir haben ja auch nicht Amerika selbst angerufen, sondern die Instanz der Gerechtigkeit. Ist das nun eine Würdelosigkeit? (Zurufe rechts: Ja! Zentrum und links: Nein, nein!) Die Geschichte selbst wird die Berechtigung meines Standpunktes anerkennen. Die Verantwortung war groß. Das Kabinett hat sie übernommen, und ich will sie tragen. Nachdem nun Präsident Harding wohl das Schiedsgericht abgelehnt, aber sich zu einer Vermittlung bereiterklärt hat, mußte auch der zweite Schritt getan werden. Bislang sind allerdings noch keine Rückfragen von amerikanischer Seite an uns gelangt, was bei der Kürze der Zeit ja auch nicht wundernehmen kann. Redner begründet sodann den Inhalt der Note im einzelnen und geht insbesondere auf die

Annuitäten

ein, für die wir trotz der Schwankungen im Wirtschaftsleben noch eine feste Summe anbieten müßten, in die eventuell die Uebernahme der amerikanischen Schulden der Entente eingezogen werden kann. Nur durch eine finanzielle Kraftleistung können wir aus der traurigen Lage herauskommen, in der wir jetzt zu verkümmern drohen; deshalb brauchen wir die internationale Anleihe, an der sich Deutschland natürlich selbst beteiligen wird.

Was nun als Rest von Ententeforderungen bleibt, das ist mehr als eine politische als eine technische Angelegenheit. Unser Nationalvermögen ist dahingeschwunden. Wir könnten daher auch der deutschen Produktion keine neuen Fesseln mehr anlegen. Alle Beschränkungen der deutschen Wirtschaft müssen fallen. Sollten wir uns überschätzt haben, so soll die Ziffer 4 der Note für eine Berichtigungsmöglichkeit Fürsorge treffen. Redner geht sodann eingehend auf den Wiederaufbau Frankreichs ein. Unser Standpunkt, daß Deutschland alle seine Reparationsverpflichtungen bis 1921 in Höhe von 20 Milliarden Goldmark voll erfüllt hat, wird von der Entente nicht geteilt. Schon bei den Schiffen rechnet die Entente anders als wir. Wir bieten nun nochmals eine Milliarde Goldmark auf diesen Posten, aber der

Eingriff in unsere Reichsbank

wäre ein Eingriff in die Privatrechte. Gegen diesen müssen wir Protest erheben. Was wir also auf Reparationskonto geleistet haben, soll durch ein Schiedsgericht festgestellt werden, ebenso sollen in allen strittigen Fragen Sachverständige ihr Urteil abgeben. Redner warnt davor, übertriebene Hoffnungen auf die Annahme Amerikas zu setzen. Es werden noch viele Schwierigkeiten sich ergeben. Auf dem Boden der Pariser Forderungen ist die Genesung Europas nicht möglich. Deutschland allein könne nicht die Kriegsschulden der ganzen Welt tragen. Nur eine allgemeine internationale Wirtschaftskonferenz werde die Schwierigkeiten aus der Welt schaffen können.

Zur Schuldfrage meinte Redner, daß es Aufgabe des Auswärtigen Amtes sei, den Boden zu betreten für die geschichtliche Forschung. Im übrigen halte er sich an Lloyd Georges Worte, daß alle mehr oder weniger in den Krieg hineingestolpert seien. Das genüge ihm. Sollte aber die amerikanische Vermittlung fehlschlagen, so sei er überzeugt, daß unser Volk auch darüber hinwegkomme und auch die Sanktionen ertragen werde, und wenn wir 40 Jahre durch die Wüste gehen müssen, wir werden schließlich doch in das Land der Freiheit gelangen. (Bravo!) Präsident Löbe teilt mit, zwei Fraktionen hätten den Wunsch geäußert, die Debatte zu vertagen. In der Abstimmung wird die Vertagung gegen die äußerste Linke beschlossen. — Mittwoch mittag 1 Uhr Weiterberatung.

Das Gemeindewahlrecht im sächsischen Landtage.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung wurde auf Vorschlag des Präsidenten der Personal- und Besoldungsplan der Landesbrandversicherungsanstalt ohne Vorberatung dem Haushaltsausschuß überwiesen. Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige Kapitel des Nachtrages zum Staatshaushalt für 1920, und zwar über die Staatstheater, die technischen Staatsanstalten zu Chemnitz, die Bergakademie zu Freiberg und die allgemeinen Ausgaben für den Bergbau usw. Die einzelnen Kapitel werden nach den Anträgen des Ausschusses angenommen.

Als nächster Punkt wird über den Entwurf eines Gesetzes über

Die Wahl der Gemeindevertreter

und die Regelung der damit in Zusammenhang stehenden Angelegenheit beraten. Minister des Innern Lipinski begründet den Entwurf und bittet, das Gesetz einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen und die Verabschiedung nicht hinauszuschieben, um der gro-